

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 29. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. August 2011, 14 Uhr,
im Schleswig-Holstein-Saal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

i. V. v. Daniel Günther

Wilfried Wengler (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Hans Müller (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

i. V. v. Ellen Streitbürger

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1493	
2. Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anhörung zum Forschungsstandort Schleswig-Holstein	7
Umdruck 17/2523	
3. Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung des UK S-H	8
Antrag der Fraktionen von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1613 (neu)	
Keine Privatisierung des UK S-H und keine Defusionierung	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1648	
4. a) Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und Zukunft der Freiwilligendienste und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1425	
b) Wissenschafts- und Studienplatzstandort nachhaltig sichern!	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1426	
c) Bereitstellung von Studienanfängerkapazitäten durch die Aussetzung der Wehrpflicht	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1569	
d) Aktueller Stand der Nachfrage nach Studienanfängerplätzen in Schleswig-Holstein	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/2605	

-
- 5. Studium und Familie besser vereinbar machen** 11
- Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1365
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1411
- 6. Einführung des auslastungsbezogenen Sockelbudgets** 12
- Berichts Antrag von Abg. Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- 7. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein** 13
- Tätigkeitsbericht 2011
Drucksache 17/1220
- 8. Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein!“** 14
- Antrag der Volksinitiative Schulfrieden Schleswig-Holstein
Drucksache 17/1512
- 9. Bewegliche Ferientage** 15
- Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 17/2517 und 17/2610
- 10. a) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes** 16
- Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 17/88
- (überwiesen am 16. Dezember 2009 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)
- b) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1617 (neu)

- 11. Gedenkstättenarbeit Schleswig-Holstein** 17
Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1428
- 12. Bericht über die Prüfung der Bedingungen für eine mögliche Integration der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in die Universitätsbibliothek Kiel** 18
Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1424
- 13. Verschiedenes** 19

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 14:25 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung
Kiel (GEOMAR)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1493

(überwiesen am 25. Mai 2011)

hierzu: Umdrucke [17/2571](#), [17/2580](#), [17/2591](#), [17/2592](#)

St Dr. Andreßen weist darauf hin, dass das Land durch den Wechsel von GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft erhebliche Einsparungen erziele.

Auf Fragen der Abg. Habersaat und Andresen erwidert RL Wagner, die rechtlichen Rahmenbedingungen und das Verfahren der Überführung seien im letzten Jahr in einer Taskforce besprochen und die Vorschläge von GEOMAR diskutiert und so weit wie möglich berücksichtigt worden. Bei keiner Helmholtz-Einrichtung erhielten Beiratsmitglieder eine Vergütung. Die Forderung einer angemessenen Beteiligung von Frauen habe man nicht in den Gesetzestext aufgenommen, weil die bestehenden Regelungen weitergingen.

Der Antrag von Abg. Habersaat, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1493 unverändert anzunehmen. Er bittet das Wissenschaftsministerium, vor der zweiten Lesung im Landtag nächste Woche zur Stellungnahme von IFM-GEOMAR, Umdruck 17/2580, schriftlich Stellung zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anhörung zum Forschungsstandort Schleswig-Holstein

Umdruck 17/2523

Einstimmig beschließt der Ausschuss auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Forschungsstandort Schleswig-Holstein in naher Zukunft eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung des UK S-H

Antrag der Fraktionen von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1613 (neu)

Keine Privatisierung des UK S-H und keine Defusionierung

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1648

(überwiesen am 1. Juli 2011)

Mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und der LINKEN bei Enthaltung des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der SPD **Keine Privatisierung des UK S-H und keine Defusionierung, [Drucksache 17/1648](#)**, abzulehnen. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt er, den Antrag von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung des UK S-H, [Drucksache 17/1613](#)** (neu), ebenfalls abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und Zukunft der Freiwilligendienste und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1425

b) Wissenschafts- und Studienplatzstandort nachhaltig sichern!

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1426

c) Bereitstellung von Studienanfängerkapazitäten durch die Aussetzung der Wehrpflicht

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1569

d) Aktueller Stand der Nachfrage nach Studienanfängerplätzen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 17/2605

St Dr. Andreßen antwortet auf die Fragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/2605, zum heutigen Zeitpunkt sei eine Aussage über die vollständige Bewerbungslage und damit eine Prognose der Studienanfängerzahlen nicht möglich. Für die zulassungsbeschränkten Studiengänge habe die Bewerbungsfrist für die Zulassung am 15. Juli 2011 geendet, sodass die Hochschulen auf Abfrage das Verhältnis zwischen Bewerbungen und vorhandenen Studienplätzen mitteilen könnten. Darin seien aber in erheblichem Umfang Mehrfachbewerbungen enthalten, sodass aus diesen Angaben keine belastbaren Schlüsse gezogen werden könnten, da das Auswahlverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Bei den zulassungsfreien Studiengängen sei die Bewerbungslage völlig offen, weil keine Bewerbungen für ein Zulassungsverfahren notwendig seien und die Bewerberinnen und Bewerber direkt bei den Hochschulen zur Einschreibung erschienen. Die Einschreibungen bei den Hochschulen würden erst in den nächsten Wochen durchgeführt. Die offiziellen Abfragen der Bewerbungen und Einschreibungen erfolge erst Ende Oktober 2011, wenn das Verfahren endgültig abgeschlossen

sei. Daher könne auch noch keine abschließende Aussage zu zusätzlichem Raum- und Personalbedarf getroffen werden.

Die studentische Beratung finde in erster Linie durch das Studentenwerk Schleswig-Holstein statt. Die Mittel im Rahmen des Hochschulpakts würden gegebenenfalls zusätzlich notwendige fachliche Beratungen ermöglichen. Um die angespannte Wohnraumsituation für Studierende zu verbessern, seien private Investoren bereit, studentischen Wohnraum zu schaffen. Das Studentenwerk habe seine finanziellen Möglichkeiten derzeit ausgeschöpft und Wohnraum in erheblichem Maße modernisiert und werde keine zusätzlichen Plätze schaffen können. Sondermaßnahmen des Landes seien ebenso wenig geplant wie die Umverteilung vermeintlich frei bleibender Studienplatzkontingente aus anderen Ländern nach Schleswig-Holstein. Der Start des dialogorientierten Serviceverfahrens zur zentralen Vergabe von Plätzen in Studiengängen mit örtlicher Zulassungsbeschränkung sei aus technischen Gründen um ein Jahr zum Wintersemester 2012/2013 verschoben worden.

Abg. Thoroé spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung angesichts der wachsenden Studierendenzahl zusätzlich Haushaltsmittel für die Hochschulen und für das Studentenwerk zur Schaffung studentischen Wohnraums zur Verfügung stelle, was durch die ungeplanten Steuermehreinnahmen durchaus möglich sei.

Auch Abg. Andresen erwartet, dass Kommunen, Land und Bund Konsequenzen aus den steigenden Bewerberzahlen zögen und nachsteuerten.

St Dr. Andreßen weist darauf hin, dass der Bund erst „nachlaufend“ finanziere und die Mittel erst Anfang 2013 flössen. Die Bewerberlage sage - vor allem wegen Mehrfachbewerbungen - noch nichts über die tatsächliche Zahl der Einschreibungen aus. Bund und Länder hätten auf den Aufwuchs mit dem Hochschulpakt reagiert. Weil zusätzliche Haushaltsmittel des Landes aufgrund der Einhaltung des Konsolidierungspfades nicht zur Verfügung stünden, müsse man phantasievoll mit der Situation umgehen. Die Steuermehreinnahmen würden zur Senkung der Nettokreditaufnahme verwendet.

Abg. Erdmann schlägt vor, die Einführung der Grunderwerbsteuer zeitlich vorzuziehen und dadurch in diesem Jahr zusätzlich 3 Millionen € für die Hochschulen bereitzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Berichte der Landesregierung abschließend zur Kenntnis und bittet das Wissenschaftsministerium, ihm nach Abschluss der Auswahl- und Zulassungsverfahren darzustellen, wie hoch die tatsächlichen Studienanfängerzahlen sind und welche konkreten Maßnahmen das Ministerium ergreift, um die Zunahme zu bewältigen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Studium und Familie besser vereinbar machen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1365

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1411

(überwiesen am 26. Mai 2011 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialaus-
schuss)

Abg. Habersaat setzt sich für die Vereinbarkeit von Studium und Familie ein. Ziel sei es, die tatsächliche Situation an den schleswig-holsteinischen Hochschulen durch konkrete Maßnahmen zu verbessern (Erweiterung der Zeiten der Kinderbetreuung, Bereitstellung entsprechender Räume, Teilzeitstudiengänge).

Abg. Andresen wünscht sich, dass die in den Anträgen genannten Punkte in den nächsten Zielvereinbarungen eine stärkere Rolle spielten.

Abg. Franzen entgegnet, sie sehe in dem angesprochenen Bereich zurzeit keinen Handlungsbedarf des Gesetzgebers. Die Hochschulen seien auf dem richtigen Weg.

Abg. Funke äußert sich in die gleiche Richtung und weist auf die Autonomie der Hochschulen hin.

Um das Ziel der Vereinbarkeit von Studium und Familie zu erreichen, hält es Abg. Spoorendonk für notwendig, mit den Hochschulen konkrete Maßnahmen zu vereinbaren und zum Beispiel im Hochschulpolitischen Dialogforum zu besprechen.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über die Anträge zurück, um die Thematik insbesondere auch im Hochschulpolitischen Dialogforum weiter beraten zu können.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Einführung des auslastungsbezogenen Sockelbudgets

Berichts Antrag von Abg. Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

St Dr. Andreßen berichtet über die Einführung des auslastungsbezogenen Sockelbudgets zum nächsten Jahr (s. Umdruck 17/2637).

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Tätigkeitsbericht 2011
Drucksache 17/1220

(überwiesen am 27. Mai 2011 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle weiteren Ausschüsse des Landtags zur abschließenden Beratung)

hierzu: Stellungnahme der Landesregierung
Umdruck 17/2618

Dr. Weichert, Leiter des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein, führt in die Thematik Datenschutz in der Schule ein und wünscht sich bei der Umsetzung der angesprochenen Maßnahmen die Unterstützung des Bildungsministeriums.

St Zirkmann erwidert, inwieweit generelle Vorgaben bei Lernplattformen zielführend seien, werde man mit dem ULD erörtern. Die Frage der Erhöhung der Datensicherheit werde man mit den zuständigen Schulträgern besprechen. Die Schulleiterfortbildung werde in Zusammenarbeit mit dem ULD intensiv beworben und gut nachgefragt. Grundsätzlich seien die Schulleiter für Datenschutz verantwortlich; sie könnten sich hierzu aus dem Kollegium unterstützen lassen. Das IQSH sei derzeit dabei, das Datenschutzkonzept weiterzuentwickeln. Zur Schulsozialarbeit erwarte man den Entwurf des ULD, der dann mit dem Bildungsministerium und dem Sozialministerium abgestimmt werde.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Dr. Weichert, das Aushängen von Prüfungsergebnissen sei kein zentrales Problem mehr. Weil die Schulleitungen zeitlich nicht in der Lage seien, das Tagesgeschäft des Datenschutzes zu erledigen, insbesondere bei steigendem IT-Einsatz, sollten die Schulen ermuntert werden, betriebliche Datenschutzbeauftragte zu bestellen.

St Zirkmann kündigt eine Abfrage an, inwieweit die Schulen Datenschutzbeauftragte bestellt hätten.

Der Bildungsausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2011 des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein!“

Antrag der Volksinitiative Schulfrieden Schleswig-Holstein
Drucksache 17/1512

(überwiesen am 27. Mai 2011 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Petitionsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss festzustellen, dass die Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein!“ durch die Verabschiedung des Schulgesetzes im Januar hinfällig ist.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bewegliche Ferientage

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 17/2517 und 17/2610

Abg. Erdmann bringt den Antrag Umdruck 17/2610 ein, die beweglichen Ferientage durch Änderung der entsprechenden Verordnung in feste Ferientage umzuwandeln. Sie begründet den Vorstoß mit der Einsparung von Mitteln für die Schülerbeförderung. Bei der Abwägung zwischen Verlust der Flexibilität auf der einen und Kostenersparnis auf der anderen Seite sei es wichtig, dass das Land gegenüber den Kreisen ein Zeichen setze.

Abg. Dr. Höppner macht darauf aufmerksam, dass der überwiegende Teil der Schülerbeförderung im ländlichen Raum im Rahmen des Linienverkehrs stattfindet und eine Abschaffung der beweglichen Ferientage, die aus guten Gründen eingeführt worden seien, keine finanziellen Vorteile mit sich bringe.

Auch Abg. Spoorendonk und Franzen sehen keine Einsparungen bei den Schülerbeförderungskosten durch die Abschaffung der beweglichen Ferientage.

Abg. Conrad lehnt ebenfalls eine Abschaffung der beweglichen Ferientage ab und macht auf „positive Erfahrungen“ und die Eigenverantwortung der Schulen aufmerksam.

St Zirkmann weist darauf hin, dass es im letzten Schuljahr einen, in diesem und im nächsten Schuljahr drei bewegliche Ferientage, im Schuljahr 2014/15 zwei und im Schuljahr 2015/16 einen beweglichen Ferientag gebe. Das Bildungsministerium sei dafür, das flexible Instrument bewegliche Ferientage beizubehalten, unter der Maßgabe, dass sich benachbarte Schulen und Schulträger abstimmen.

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, den Landkreistag und den Schulleitungsverband um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 17/88

(überwiesen am 16. Dezember 2009 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1617 (neu)

(überwiesen am 29. Juni 2011)

- Verfahrensfragen -

Der Bildungsausschuss beschließt, zu den Gesetzentwürfen zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes zunächst schriftliche Stellungnahmen einzuholen und später eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Gedenkstättenarbeit Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1428

(überwiesen am 30. Juni 2011 zur abschließenden Beratung)

Abg. Spoorendonk beantragt eine mündliche Anhörung.

Abg. Müller wünscht sich eine landesweite Gedenkstättenkonzeption.

Der Bildungsausschuss greift den Vorschlag von Abg. Wengler auf, dass die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen am Rande der kommenden Plenartagung einen Fragenkatalog erarbeiten und das weitere Beratungsverfahren besprechen.

Auf eine Frage von Abg. Funke teilt St Zirkmann mit, zur Neulandhalle werde er einen Runden Tisch einberufen.

RL Dr. Opitz macht darauf aufmerksam, dass die Voraussetzungen für eine institutionelle Förderung des Bundes von Gedenkstätten in Schleswig-Holstein nicht gegeben seien. Man bemühe sich um eine Projektförderung für Ladelund und die Neulandhalle als Ort der „Herstellung“ einer unmenschlichen Ideologie und Ort der Vernichtung. In Schleswig-Holstein seien besonders die Vor- und Nachkriegsgeschichte interessant.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Bericht über die Prüfung der Bedingungen für eine mögliche Integration der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in die Universitätsbibliothek Kiel

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1424

(überwiesen am 1. Juli 2011 zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Höppner sieht ungeachtet der technischen Entwicklung derzeit keinen Handlungsbedarf für eine organisatorische Veränderung.

Abg. Thoroë fragt die Landesregierung, inwieweit sie plane, die Personalsituation in der Landesbibliothek zu verbessern.

Abg. Spoorendonk begrüßt, dass auch die Landesregierung eine Fusion beider Bibliotheken ablehne, und bittet das Ministerium darzustellen, wie sich die Landesregierung die Zukunft der Landesbibliothek als eigenständige Bibliothek konkret vorstelle.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/1424 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Habersaat zu einem SHZ-Artikel vom 16. August 2011 stellt St Zirkmann richtig, dass Ministeriumssprecher Thomas Schunck nicht von „Feld-, Wald- und Wiesenlehrern“ gesprochen habe und er, Schunck, sowie das Ministerium die Arbeit der Lehrkräfte wertschätzten.
- b) Eine Frage von Abg. Andresen beantwortet der Staatssekretär dahin, wenn alle Lehrkräfte gleichwertige Abschlüsse hätten, müssten die Besoldungsstrukturen angepasst und jährlich bis zu 30 Millionen € mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Reform der Lehrerbildung befinde sich nach wie vor in der Abstimmung zwischen Wissenschafts- und Bildungsministerium.

Abg. Erdmann bittet das Bildungsministerium darzulegen, in welcher Höhe die von M Dr. Klug genannte Wiedereinführung des Staatsexamens zu Haushaltseinsparungen bei der Lehrerbesoldung führen würde.

- c) St Zirkmann teilt mit, eine entsprechende Arbeitsgruppe der norddeutschen Länder sei zu dem Schluss gekommen, die Regelungen zur Vorlage eines Attests gemäß § 13 Abs. 2 Sonderurlaubsverordnung für Beamte nicht zu verändern, um Beschäftigte und Beamte nicht unterschiedlich zu behandeln.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer